

Blaue Wahlkreispost

www.mario-beger.de



Nein zum Krieg!

Der Dritte Weltkrieg ist zum Greifen nah und vielen Menschen ist nicht bewusst, was er mit sich bringen würde. 77 Jahre sind seit dem letzten Weltkrieg vergangen. Die in Friedenszeiten geborenen Generationen haben keine Ahnung, was Krieg, vielleicht ein Atomkrieg, bedeuten kann. Anders lassen sich die Forderungen nach schweren Waffen für die Ukraine nicht erklären.

Mitte April stimmte der Bundestag mit den Stimmen von SPD, Grünen, FDP und CDU/CSU für die Lieferungen in die Ukraine. AfD-Bundessprecher Tino Chrupalla sagte dazu „Die Bundesregierung hat mit dem...Antrag die Beitrittserklärung zum Ukraine-Krieg unterzeichnet. Richtig wäre gewesen, als neutraler Vermittler Verhandlungen zwischen den Kriegsparteien herbeizuführen... Wir fordern, dass die Bundesregierung den Notleidenden in der Ukraine humanitäre Hilfe zukommen lässt. Aber Waffenlieferungen beenden den Krieg nicht, sondern vergrößern das Leid und ziehen Deutschland in den Krieg hinein.“

Die USA wollen Russland eine Niederlage bereiten, die Russland als Weltmacht ins Wanken bringt, um eine grundsätzliche Neuordnung der weltweiten internationalen Beziehungen zu erreichen.

Die USA bilden ukrainische Soldaten an Standorten außerhalb der Ukraine, auch in Deutschland, im Umgang mit Waffen gegen Russland aus. Wo sind die kritischen Stimmen dagegen geblieben? Die Berichterstattung der Medien über den Krieg ist einseitig, propagandistisch und in Polit-Talkshows werden Kritiker nur eingeladen, um sie zu bekämpfen. Wem gehören die Medien?

Keiner weiß, wann und wie dieser Krieg enden wird. Alexander Gauland warnte vor einer Eskalation und mahnte „Nur ein Kompromiss, nicht aber ein Sieg der einen oder anderen Seite, kann diesen Krieg beenden.“ **Wenn wir nicht aufpassen, wird Deutschland mit seinen NATO-Stützpunkten selbst zum Ziel von Raketen und plötzlich sind wir mitten im Krieg.** Wir müssen uns für einen Frieden ohne Waffen einsetzen. Wir brauchen kluge Diplomatie, die einen Waffenstillstand aushandelt und die Kriegsparteien zu Friedensverhandlungen an einen Tisch bringt. Dieser Krieg muss enden, bevor er eskaliert, denn bei einem Atomkrieg gibt es keine Gewinner.

Mario Beger, MdL

Wenn Russland den Gashahn zudreht

Können wir ohne Gasimporte aus Russland auskommen? Immerhin deckt Deutschland derzeit noch 40 Prozent seines Bedarfs mit russischem Gas. Nachdem Russland die Gaslieferungen nach Polen und Bulgarien gestoppt hat, ist auch für Deutschland ein Lieferstopp nicht mehr auszuschließen. Die Lage ist ernst.

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) rief bereits Ende März die Frühwarnstufe des Notfallplans Gas aus und forderte gleichzeitig alle Gasverbraucher auf – von der Wirtschaft bis zum Privathaushalt – den Verbrauch so weit wie möglich einzuschränken.

Der Notfallplan Gas regelt die Gasversorgung in Deutschland in einer Krisensituation und umfasst drei Krisenstufen. Private Haushalte, Krankenhäuser, öffentliche Verwaltung, Rettungsdienste, Feuerwehr und Polizei, aber auch Gaskraftwerke, die für die Stromerzeugung erforderlich sind, werden im Notfall besonders geschützt. Bei der Frühwarnstufe wird ein Krisenstab aus Behörden und Energieversorgern gebildet, um die aktuelle Situation im Gasnetz engmaschig zu beobachten. In der Alarmstufe wird die Versorgung über Angebot und Nachfrage geregelt. Die Notfallstufe gibt die Bundesregierung selbst per Verordnung bekannt, wenn auf dem Markt kein Gas für den freien Verkauf mehr verfügbar ist. Bei einem Stopp der russischen Lieferungen könnte dieser Fall eintreten. Die Industrie wird, nach europäischen Vorgaben, zuerst von den Abschaltungen in der Notfallstufe betroffen sein. In welcher Reihenfolge den Branchen und Unternehmen der

Gashahn zudreht wird, ist Einzelfall-Entscheidung nach Systemrelevanz. In Deutschland ist die Ernährungsindustrie nach der chemischen Industrie der zweitgrößte industrielle Gasverbraucher. Kleine und mittelständische Unternehmen wird es besonders hart treffen, denn gerade sie haben kaum eine Chance, ihre Produktion schnell und flexibel zu verlagern.

Wenn in Deutschland zeitnah kein russisches Erdgas mehr zur Verfügung stünde, wäre es sehr schwierig, die Speicherkapazitäten rechtzeitig vor dem Winter aufzufüllen. Die deutschen Gasspeicher waren Anfang Mai zu rund 34 Prozent gefüllt.

Ohne Gas stehen die Fließbänder still, führen Lieferausfälle zu Versorgungsengpässen, brechen ganze Industriezweige ein, steigen Inflation und Arbeitslosenzahlen, eine Rezession der Wirtschaft wird unausweichlich. Ohne Gas stehen die gesamte deutsche Wirtschaft und der soziale Frieden in unserem Land auf dem Spiel.

Ist Sachsen darauf vorbereitet? Auf meine kleine Anfrage zum Thema (Drucksache 7/9537) war zu erfahren, dass sich die Polizei durch eigene Notfallkonzepte und ein internes Krisenmanagement auf mögliche Auswirkungen einer Gasmangellage vorbereitet. Die Vorbereitungen der Staatsregierung verbergen sich hinter dem Hinweis, die Bundesnetzagentur bei ihren Aufgaben in Sachsen zu unterstützen.

Mario Beger, MdL

Herzensangelegenheiten – Osteraktion

Kurz vor Ostern waren meine Helfer und ich gleich an zwei Tagen unterwegs, um kleine Osterüberraschungen an Menschen zu verteilen, denen es nicht so gut geht. In Zeiten mit explodierenden Lebenshaltungskosten ist die Not noch größer geworden. Es liegt mir wirklich sehr am Herzen, ein wenig Freude, aber auch Wertschätzung zu verschenken. Mittlerweile kennt man uns und kommt sehr offen miteinander ins Gespräch. Ich kann den Spendern unserer Aktion nicht genug danken. Sie helfen damit genau dort, wo die Not am größten ist.

Mario Beger, MdL

Wenn auch Sie unser Projekt mit einer kleinen Spende unterstützen und es damit auch zu Ihrer Herzensangelegenheit machen möchten, Bedürftigen eine Überraschung zu bereiten:

Spendenkonto AfD Kreisverband Meißen

Ostsächsische Sparkasse Dresden

IBAN: DE89 8505 0300 0225 7351 56

BIC: OSDDDE81XXX

Verwendungszweck:

Herzensangelegenheiten WK 38

Name und Adresse für Spendenquittung bitte angeben.



Wahrheit gibt es nur zu zweien

Seit dem völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine und dem immer schärfer anziehenden Wirtschafts- und Finanzkrieg (mit dem Ziel, „die russische Wirtschaft zu vernichten“ FAZ, 28.2.22) der USA - gemeinsam mit der EU – geht auch die Angst vor dem Dritten Weltkrieg um. So manch historisch Interessierter fühlt sich an den Vorabend des Ersten Weltkrieges erinnert, welcher in die Katastrophe führte.

Schuld am Beginn eines Krieges trägt bekanntlich immer der andere und am Ende immer der Verlierer. Der Vertrag von Versailles, dessen unermesslichen Folgen nur wenige vorausahnten, gilt dafür geradezu als exemplarisch. Die Geschichte schrieben die Sieger. Der Historiker Rainer F. Schmidt wirft solchen „stromlinienförmigen Erklärungen“ ein „kardinales methodisches Defizit“ und „monokausale und monoperspektivische“ Argumentation vor.

Heute funktioniert der „Aufpeitschungsdienst“ (Stefan Zweig) ähnlich. Die Direktorin einer Uni-Klinik will keine russischen Patienten mehr behandeln, der ukrainische Botschafter in Deutschland, Melnyk, bemerkt ganz undiplomatisch, alle Russen seien gerade unsere Feinde. Feministinnen bewundern ukrainische Krieger, deren Auftreten sie noch vor kurzer Zeit als „toxisch männlich“ gebrandmarkt hätten. Präsident Selenski ist die neue Greta Thunberg. Zudem scheint es, vielen Politikern sei der Krieg durchaus willkommen, um vom Ursprung der Inflation abzulenken. Die Ausgabe neuer Schuldscheine zur Narkotisierung der Bevölkerung wird die Inflation übrigens zusätzlich anheizen.

Doch Wahrheit gibt es nur zu zweien. Thomas Fasbender (er lebte von 1992-2015 in Moskau) schrieb: „Wir sehen uns als Hort der Freiheit und der Demokratie – die anderen (und das sind viele) sehen uns als geopolitischen Player mit knallharten Interessen: Einfluss, Macht, Geld.“

Die westliche Empörung über den russischen Angriff offenbart auch erstaunliche Gedächtnislücken. Bei der ebenso völkerrechtswidrigen Bombardierung Serbiens 1999 wurden 300 Schulen, 176 Kulturdenkmäler, 23 mittelalterliche Klöster getroffen.

Hat der Westen keine Fehler begangen? War die Nato-Osterweiterung alternativlos?

Sagte am 31.01.1990 noch der damalige Bundesaußenminister Genscher in Tutzing: „...eine Ausdehnung des Nato-Territoriums nach Osten, das heißt näher an die Grenzen der Sowjetunion, werde es nicht geben“, traf das Bündnis dann 2008 in Bukarest – nach zwei vorhergehenden Erweiterungsrunden - jedoch, der Strategie Zbigniew Brzezinskis von Amerika als einziger Weltmacht folgend, den Grundsatzbeschluss, die Ukraine und Georgien aufzunehmen.



„ Krieg lässt sich mit Vernunft und gerechtem Gefühl nicht koordinieren. Er braucht einen gesteigerten Zustand des Gefühls, er braucht Enthusiasmus für die eigene Sache und Hass gegen den Gegner.“

Stefan Zweig (1881-1942) in „Die Welt von gestern“

Den 2014 mit 5 Milliarden US-Dollar herbeigeführten pro-amerikanischen Machtwechsel in Kiew betrachtete Moskau als verfassungswidrigen Putsch und reale Bedrohung russischer Interessen. Darauf reagierte Russland mit der Besetzung der Krim, wo Großteile der russischen Schwarzmeerflotte stationiert waren, wie auch der Unterstützung der schon seit 1995 existierenden Autonomiebestrebungen in den Gebieten Donezk und Luhansk.

Wie wird das Ringen der Großmächte um eine neue Weltordnung ausgehen? Kommt mit ihr die Neujustierung des Weltfinanzsystems? Inwieweit ist Klaus Schwabs „Great Reset“ noch realisierbar?

Wer werden die Gewinner sein? USA? China? Oder Indien? Diese Antwort kann ich nicht geben. Was der Krieg jedoch für Deutschland bedeutet, analysierte Thorsten Hinz treffend: **„Wie immer er ausgeht, gehören wir auf jeden Fall zu den Verlierern, und das gleich doppelt: als Europäer in der Welt und als Deutsche in Europa.“**

Mario Beger, MdL

Impressum:

Herausgeber: Mario Beger, MdL – Dresdner Str. 7, 01558 Großenhain – Telefon: 03522-5596 187

E-Mail: blauewahlkreispost@gmail.com – V.i.S.d.P.: Mario Beger, MdL

Druck: Druckhaus Scholz GmbH – Auflagenhöhe: 25.000 Stück – Ausgabe: Nr.3 / Juni 2022

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Es wird keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Zeichnungen und Fotos übernommen. Die Redaktion behält sich vor, zugesandte Beiträge sinnwährend zu kürzen. Jeglicher Nachdruck von Fotos, Zeichnungen und Artikeln, auch auszugsweise, bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Herausgebers.

Mario Beger, MdL – Web: www.mario-beger.de – Facebook: www.facebook.com/MarioBegerAfD – Telegram: t.me/mariobeger

Blackout in Großenhain – sind wir vorbereitet?

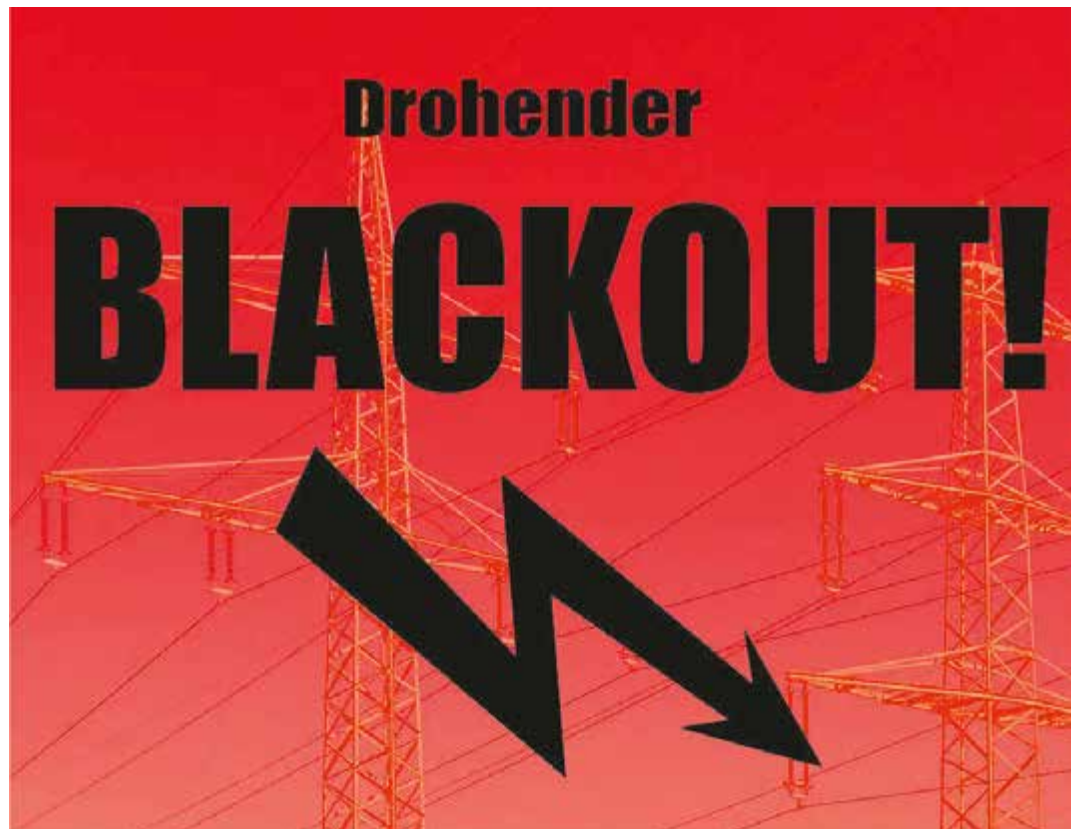
Bereits im Januar diesen Jahres, als noch keiner ahnen konnte, dass das Szenario durch den Ukraine-Krieg noch wahrscheinlicher wird, stellten wir eine Anfrage an den Oberbürgermeister von Großenhain zum Vorbereitungsstand und zur Vorsorge der Verwaltung bei Stromausfällen und drohendem Blackout:

Anfrage: Stromausfälle und drohender Blackout

Aufgrund der unverantwortlichen Energiepolitik der letzten zwei Jahrzehnte, wie beispielsweise dem einseitigen Ausbau der regenerativen Energien oder der Abschaltung sicherer Kohle- und Atomkraftwerke, befürchten Experten gehäufte Stromausfälle und sogar einen überregionalen Blackout. Um Stromausfälle zu verhindern, waren 2021 fast 20.000 Eingriffe europä- und 8.000 deutschlandweit in das Stromnetz nötig. Die Folgen: bei Stromausfällen (nach 2 Tagen) wird die Lage kritisch, bei einem Blackout (1-2 Wochen) sind sie dramatisch.

Fragen an den Oberbürgermeister:

1. Hat sich die Stadtverwaltung bereits mit den o.g. Szenarien auseinandergesetzt und welche Krisenpläne liegen speziell für Großenhain und die Ortsteile vor oder sind die Pläne vom Katastrophenschutz der Polizei und der Feuerwehr aus Ihrer Sicht ausreichend und wie sehen diese aus?
2. Wie lange kann die Arbeit der Verwaltung während o.g. Szenarien fortgesetzt werden? Gibt es Daten über vulnerable Einwohner, damit diesen schnell geholfen werden kann? Wie kann überhaupt mit den Einwohnern kommuniziert werden?
3. Bei Ausfall von Heizkraftwerken, sitzen die Einwohner im Kalten, bei strengem Frost können Wasserleitungen in den Häusern einfrieren und wären langfristig außer Betrieb. Es kommt dann ebenfalls zu erheblichen Problemen in der Abwasserversorgung. Gibt es für die Stadt Großenhain Pläne, welche dieses Szenario beschreiben und wenn ja, welche Lösungen wurden für diese Probleme aufgezeichnet?
4. Wie sieht bei massiven Engpässen in der Lebensmittelversorgung die Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit aus?
5. Ist ein Handzettel für die Einwohner mit allen wichtigen Informationen zur Vorsorge und dem Umgang mit Stromausfällen/Blackout geplant? Wenn ja, wann wird dieser verteilt?



Die Beantwortung unserer Fragen erfolgte nicht schriftlich und nur mit ein paar Nebensätzen im nichtöffentlichen Teil einer Stadtratssitzung. Die Vorbereitungen sind eher mager, im Rathaus liegt ein Handzettel vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe zur privaten Bevorratung aus und es gibt kaum eine Handvoll Notstromgeneratoren für Verwaltung und Feuerwehr. Wir hoffen, dass durch unsere Anfrage und die gegenwärtig angespannte Lage ein Umdenken einsetzt und die Verwaltung sich intensiv auf Stromausfälle oder gar einen Blackout vorbereitet. Die Gefahren werden unterschätzt bzw. ignoriert. Ohne Strom - keine Kommunikation per Telefon bzw. Handy, keine Beleuchtung, keine Heizung, keine Trinkwasserversorgung, keine Abwasserentsorgung, Toiletten funktionieren nicht, keine Müllabfuhr, Supermärkte bleiben geschlossen, Waren verderben ohne Kühlung, keine Mobilität ohne Treibstoff im Tank, der Lieferverkehr kommt zum Erliegen, Bus und Bahn bleiben stehen, Verkehrschaos durch ausfallende Ampelanlagen, Geldautomaten funktionieren nicht, Polizei, Rettungsdienst und Feuerwehr sind im Notfall eventuell nicht erreichbar, Notstromversorgung in Krankenhäusern nur für 24 Stunden gesichert, Medikamentenlieferungen bleiben aus, Überfälle und Plündereien sind nicht unwahrscheinlich. Diese Aufzählung ist nur ein geringer Teil, die Liste könnte mit wirtschaftlichen Folgen beliebig fortgesetzt werden. Alle kritischen Infrastrukturen wären betroffen und der Kollaps der gesamten Gesellschaft ist dann nicht zu verhindern. Auch unser Oberbürgermeister mit seiner Verwaltung steht in der Pflicht, für seine Stadt und seine Einwohner Vorsorge zu treffen. Auf alle Fälle werden wir in ein paar Monaten erneut den Stand der Vorbereitungen erfragen.

Mario Beger, Stadtrat in Großenhain

Allgemeine Impfpflicht ist vom Tisch!

Wogegen Millionen Menschen im letzten Jahr bei Wind und Wetter auf die Straße gegangen sind, wogegen die AfD mit allen demokratischen Mitteln kämpfte, ist nun erst einmal Geschichte, die allgemeine Impfpflicht.

So wie der 18.11.2020 als Tag, an dem das „Ermächtigungsgesetz“ (Änderung des IfSG) verabschiedet wurde, in die Geschichte eingehen wird, könnte der 07.04.2022 als Tag des Sieges der Demokratie eingehen. Das am 18.11.2020 beschlossene „Ermächtigungsgesetz“ räumte den Regierungen weitreichende und seit 1949 beispiellose Ermächtigungen zur Aushebelung mehrerer grundgesetzlich garantierter Freiheitsrechte ein. Am 07.04.2022 bekam das Gesetz zur allgemeinen Impfpflicht, dass das grundgesetzlich garantierte Recht auf körperliche Unversehrtheit aushebeln sollte, keine Mehrheit im Parlament.

Der Abstimmung zur allgemeinen Impfpflicht im Parlament vorangegangen waren Wochen und Monate, in denen diejenigen, die die experimentelle Gentherapie ablehnten, aus dem öffentlichen Leben praktisch ausgeschlossen wurden, um sie an die Nadel zu drängen. Viele unterzogen sich der Therapie, die meisten nicht, weil sie Angst vor der Krankheit hatten, sondern weil sie ihre Freiheit zurückhaben wollten oder dem gesellschaftlichen Druck nicht standhielten. Fast alle Politiker der Altparteien, die Leitmedien und viele Künstler, heute wie in der DDR Kulturschaffende genannt werden, beteiligten sich an der hypermoralischen Hetzjagd gegen die Ungeimpften. Unsolidarisch und asozial waren noch die harmlosesten Bezeichnungen.

Allerdings entfachte diese Diskriminierung und Hetze auch das größte Demonstrationsgeschehen seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Auf diesen Demonstrationen funktionierte das seit Jahrtausenden praktizierte Prinzip „Teile und herrsche!“ nicht mehr. Menschen mit verschiedenen politischen Grundüberzeugungen, Alte und Junge, Geimpfte und Ungeimpfte gingen gemeinsam gegen die Aushebelung des grundgesetzlich garantierten Rechts auf körperliche Unversehrtheit auf die Straße. Während alle Altparteien plötzlich für die Impfpflicht warben, obwohl sie diese vor der Wahl ausgeschlossen hatten, kämpfte die AfD mit allen demokratischen Mitteln im Parlament, vor Gericht

und mit den Bürgerbewegungen auf der Straße für unsere freiheitlich demokratische Grundordnung.

Dieser gemeinsame Kampf hat sich nun ausgezahlt. Die freiheitsliebenden Menschen haben einen wichtigen Sieg errungen. Nun gilt es, auch noch die einrichtungsbezogene Impfpflicht wieder zu kippen. Natürlich wird es weitere Angriffe auf unsere Freiheit geben und eine gewonnene Schlacht beendet auch keinen Krieg. Wir müssen weiterkämpfen und wachsam sein. Dass wir diesen Sieg errungen haben, zeigt aber sehr deutlich, dass man in Deutschland gegen die Regierung erfolgreich sein kann, wenn man sich einig ist, wenn man das Gemeinsame und nicht das Trennende in den Mittelpunkt stellt.

Karsten Hilse, MdB



Alltagshelden droht Berufsverbot

Der Freistaat Sachsen wird sich auf Bundesebene nicht für die Abschaffung der Impfpflicht im Gesundheitswesen einsetzen. Auf Initiative der AfD-Landtagsfraktion tagte der Sächsische Landtag am 25.04.2022 in einem Sonderplenum, um über unseren Antrag zur Abschaffung der Pflege-Impfpflicht (Drucksache 7/9688) zu entscheiden.

Der Vorschlag wurde, wie bisher alle Anträge unserer Fraktion, von den Abgeordneten von CDU, Grüne, SPD und Linke abgelehnt. Diese Ignoranz sorgte für Unmut bei den anwesenden Pflegekräften auf der bis zum letzten Platz besetzten Besuchertribüne. Gesundheitsministerin Petra Köpping (SPD) versicherte, dass kein Betretungsverbot für Mitarbeiter ausgesprochen werde, wenn die medizinische Versorgung nicht gewährleistet sei. Die Gesundheitsämter hätten Spielräume, um im Einzelfall abzuwägen. Hätte, wenn und aber - aber keine Sicherheit für die einstigen Alltagshelden aus dem Gesundheitswesen.

Sie bleiben weiterhin die Leidtragenden der verfehlten Corona-Politik

der Landes- und Bundesregierung. Dabei können gerade sie am besten die Vor- und Nachteile der Corona-Impfung einschätzen.

Das Sozialministerium geht (lt. SZ vom 04.05.2022) davon aus, dass in Sachsen annähernd 100.000 Pflegekräfte keine Corona-Impfung haben. Wenn diese qualifizierten Pflegekräfte ins Ausland oder in andere Berufe abwandern, wird der Pflegenotstand in Sachsen bis zum drohenden Zusammenbruch des Gesundheitswesens verschärft - dann, wenn die Sanktionen greifen und Betretungsverbote ausgesprochen werden.

Die einrichtungsbezogene Impfpflicht muss fallen! Die AfD steht als einzige parlamentarische Kraft in Deutschland eindeutig für eine „Impf-Freiheit für alle“!

Mario Beger, MdL

AfD mit den Bürgern auf der Straße

Zwei Jahre lang haben die Altparteien in Bund und Ländern uns Bürger bevormundet und uns Lügen rund um Corona aufgetischt, die selbst den Baron von Münchhausen noch erblassen lassen würden. Zwei Jahre lang haben sich dabei Krisenprofiteure durch Masken- und Pharmadeals die Taschen vollgemacht. Wer dies öffentlich kritisierte und anprangerte wurde diffamiert, aus Talkshows ausgeschlossen, aus Medien gestrichen, bekam Auftrittsverbote oder verlor gleich ganz den Job.

Die daraufhin entstandene bürgerliche Protestbewegung, die ihren Unmut Woche für Woche bei Spaziergängen auf die Straße brachte, ist außergewöhnlich. Viele Politiker der Altparteien geben sich davon zwar nach außen hin oft unbeeindruckt, tatsächlich aber fürchten sie diese Art der friedlichen und sichtbaren Bürgerproteste sehr.

Das ist auch einer der Hauptgründe, weshalb sie ständig von einer vermeintlich zunehmenden Radikalisierung der Proteste fabulieren und friedliche Demonstranten praktisch von Anfang an in die extremistische und antidemokratische Ecke geschoben wurden. Im Windschatten von Aussagen wie die des Weltärztebund-Vorsitzenden Montgomery, der von einer „Tyrannei der Ungeimpften“ schwadronierte.

Insbesondere unser sächsischer CDU-Ex-Innenminister Prof. Wöller hat sich bei den Verunglimpfungen friedlicher Proteste besonders hervorgetan, obwohl er es hätte besser wissen müssen. Die Demonstranten sind nämlich -buchstäblich- zu 99,9 % friedlich und nicht extremistisch, was der Staatsregierung auch bekannt ist. Allein in Sachsen haben bspw. im Dezember über 60 Tausend Bürger gegen die Corona-Maßnahmen demonstriert. Ich habe die Staatsregierung gefragt, wie viele Extremisten darunter ausgemacht worden seien. Die Antwort, die mir gegeben wurde, spricht für sich selbst. Das Innenministerium hat gerade mal 60



Personen als extremistisch eingestuft. 60 von 60 Tausend. Das sind 0,1 %.

Hier überhaupt auch nur ansatzweise von Radikalisierung und Extremismus zu sprechen, offenbart eine besondere Skrupellosigkeit. Besonders auffällig wird aber die ganze Inszenierung, wenn zur selben Zeit Linksextremisten fast im Wochentakt Autos beschädigen und abfackeln. Im Jahr 2021 wurden insgesamt 259 Brandanschläge auf Fahrzeuge in Sachsen verübt, darunter auch 10 Bagger. Im letzten Jahr gab es 114 linksextremistische Gewalttaten, rechtsextrem waren 82 - deutlich weniger. Leipzig entwickelt sich systematisch zum größten linksextremistischen Brennpunkt – deutschlandweit! Hierzu aber schweigt der sächsische Innenminister größtenteils.

Dieses Vorgehen ist eine politische Bankrotterklärung der CDU, von den anderen Parteien will ich gar nicht erst sprechen.

Es werden in vielen politischen Bereichen die falschen Prioritäten gesetzt. Unwichtiges wird aufgeblasen, Wichtiges wird ausgespart. Gerade in unserem Gesundheitssystem ist dies lange passiert.

Wir als AfD akzeptieren weder eine einrichtungsbezogene noch eine sonstige Corona-Impfpflicht noch andere entmündigende Corona-Zwangmaßnahmen.

Wir treten dem politischen, sozialen und medialen Druck, der auf viele Menschen aufgebaut wird, klar entgegen. Wir machen das friedlich und in großer Anzahl – mit Ihnen zusammen.

Die Aushöhlung unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung wird es mit uns nicht geben. Genauso setzten wir uns für den Erhalt der sozialen Marktwirtschaft und unserer kulturellen Werte ein! Zusammen können wir Erfolge erzielen, so gelang zuletzt die Verhinderung der altersbezogenen Impfpflicht, die am 07.04.2022 im Bundestag keine Mehrheit fand.

Carsten Hütter, MdB

Die Rechnung bezahlt der kleine Mann

Die Corona-Krise hat das Leben und die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland dramatisch beeinträchtigt. Während die Industrie kaum gelitten hat, traf es die Dienstleistungsbranche stark. Insolvenzen vernichteten zahlreiche Existenzen, nicht wenige Unternehmen sind angeschlagen. Die anhaltende Krise ist die schwerste Wirtschaftskrise seit der großen Depression (1929) und mit Blick auf den Krieg in der Ukraine stellt sich die Frage, wie es mit den Staatsfinanzen weitergehen soll. Die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse kommt 2022 das dritte Jahr in Folge nicht zur Anwendung. Die Neuverschuldung wird in diesem Jahr voraussichtlich rund 139 Milliarden Euro betragen, die 100 Milliarden Euro für ein Sondervermögen zur Aufrüstung der Bundeswehr wurden dabei noch nicht berücksichtigt. Immer häufiger

tauchen in Debatten, neben dem Ruf nach Steuererhöhungen oder der Einführung neuer Steuern, Begriffe wie „einmalige Vermögensabgabe“ bzw. „Lastenausgleich“ auf.

Was hat es mit dem Lastenausgleich auf sich? Dazu gehen wir bis zur Währungsreform im Jahr 1948 zurück. Eine günstige Gelegenheit für den Staat, sich eines Großteils der Verbindlichkeiten zu entledigen, indem es für 100 Reichsmark nur 6,50 D-Mark gab. Das galt für Bankkonten, Staatsanleihen, Schuldverschreibungen, Bausparguthaben und ebenso für die Guthaben aus Lebens- und Rentenversicherungen. Verbindlichkeiten, wie Schulden und Kredite aller Art, Mieten oder Pensionen wurden dagegen 1:1 umgestellt und blieben damit in voller Höhe bestehen. ...

Fortsetzung auf Seite 7

Im Zuge der Währungsreform wurde somit massiv Geldvermögen entwertet. Da die Währungsreform insbesondere Sparer traf und Sachvermögen (z.B. Immobilienbesitz) verschont blieb, wurde im August 1952 das Lastenausgleichsgesetz (LAG) verabschiedet. Diejenigen, die ihr Vermögen und ihre wirtschaftliche Existenz über den Krieg gerettet hatten, sollten die materiellen Lasten derjenigen ausgleichen, die fast alles verloren hatten. Die Abgabe auf Vermögen über 5000 DM betrug 50 Prozent des Wertes, den das Eigentum zum Zeitpunkt der Währungsreform von 1948 hatte und war über einen Zeitraum von 30 Jahren in vierteljährlichen Raten zu leisten. Viele mussten dafür Kredite aufnehmen. Die letzten Raten wurden 1982 gezahlt, doch das Gesetz existiert bis heute weiter.

Ohne großes mediales Interesse, hat der Bundestag kurz vor Ausbruch der Corona-Krise am 12.12.2019 das LAG, durch das neu eingeführte Gesetz zur Regelung des Sozialen Entschädigungsrechts (SozERG) geändert, dass zum 01.01.2024 in Kraft treten soll. Der ursprüngliche Zweck der „Kriegsopferfürsorge“ wurde durch den Begriff „Soziale Entschädigung“ ersetzt und auf das Sozialgesetzbuch Vier-

zehntes Buch (SGB XIV) verwiesen, welches ebenfalls mit Geltung ab dem 01.01.2024 kurz zuvor geändert worden war. Ab diesem Zeitpunkt wäre ein Lastenausgleich wieder möglich. Das SGB XIV regelt die Gründe, die dazu führen können - Entschädigung für entstandene Folgen von Ereignissen, für die die staatliche Gemeinschaft eine besondere Verantwortung trägt. Zu diesen Ereignissen zählen neben Gewalttaten, Kriegsauswirkungen und Ereignisse im Zusammenhang mit der Ableistung des Zivildienstes auch Schutzimpfungen.

Die Änderungen im Lastenausgleichsgesetz lassen nichts Gutes befürchten. Wenn vielleicht 2023 die Schuldenbremse wieder gilt und ab 2026 die Tilgung der Schulden ansteht, bedeutet das neben Steuererhöhungen, massive Kürzungen bei Investitionen und Sozialausgaben - keine guten Zeichen für die ohnehin angeschlagene Konjunktur. Eine einmalige Vermögensabgabe könnte da als Ausweg angesehen werden, der die sozial- und konjunkturpolitischen Folgen abmildert. Das Grundgesetz steht dem dann vermutlich nicht im Weg.

Mario Beger, MdL

Montagabend in Radeburg

Seit Dezember letzten Jahres ist die Radeburger Innenstadt wieder jeden Montagabend belebt. Was als zufällige Verabredung zum spazieren gehen begann, ist mittlerweile eine durch Lothar Lucke organisierte und angemeldete Versammlung mit fünf Ordnern. Sabine Wolf und ich sind Teil der Ordnergruppe. Die Montagsspaziergänge in Radeburg sind inzwischen eine feste Instanz und man lässt sich auch von schlechtem Wetter nicht abhalten. Im Laufe der vielen Wochen erlebte die Teilnehmerzahl ihre Höhen und Tiefen und pegelt sich im Moment bei ungefähr 170 Teilnehmern ein. Spaziergänger kommen nicht nur aus Radeburg und den

umliegenden Dörfern, auch Leute aus Nachbargemeinden reihen sich ein. Von jung bis alt ist alles vertreten, man trifft auf Gastwirte, Krankenschwestern, Altenpfleger, Unternehmer, Handwerker, Verkäuferinnen...



Aus anfänglichen Protesten gegen die Corona-Maßnahmen, wurde der Protest gegen die allgemeine Impfpflicht, die nur für den Moment vom Tisch ist. Man protestiert gegen die richtungsbezogene Impfpflicht, wegen den starken Preissteigerungen nicht nur bei Benzin und Energie, gegen die Waffenlieferungen an die Ukraine und wegen der Angst vor einem Atomkrieg.

Viele Spaziergänger haben das Vertrauen in die Politik verloren und wünschen sich keine neue Normalität. Am Ende des Spaziergangs trifft man sich auf dem Marktplatz, um noch ein Lied anzustimmen und kurzen Redebeiträgen zuzuhören.

Es ist jeden Montag ein gutes Gefühl mit dabei zu sein.

Wir sehen uns Montagabend um sieben in Radeburg!

Sylvia Herberger aus Radeburg

LESERBRIEF **Ich tu was für mein Land**

Und ich fühle mich wohl in meiner Haut. Dieses Selbstvertrauen, diese Überzeugung zu haben, bestärkt mich immer wieder.

**„Ich bin nicht rechtsradikal.
Ich sage nur meine Meinung.“**

Mit diesem Spruch auf einem kleinen Schild bin ich mit Beginn der Montagsdemos im Jahre 2015 regelmäßig als Pegidaspaziergänger auf die Straße gegangen.

Und da kam auch gleich eine menschenverachtende Reaktion durch sogenannte Mitmenschen. Einer in der Tagespresse erfolgte Veröffentlichung meiner politischen Meinungsäußerung, folgte die öffentliche Demütigung meiner Person als „Hitlerbild“ im Schaukasten einer öffentlichen Einrichtung. So widerwärtig reagieren die Menschen, die durch eine einseitige Beeinflussung von öffentlich-rechtlichen Medien das Denken verlernt haben.

Dieser Staat hat es wieder geschafft, den „gelehrigen Bürger“ zu vereinnahmen. Als Mensch mit einer soliden, über Jahrzehnte erlebten Geschichte, kann ich das nicht nachvollziehen.

Immer wenn die Medien schreien, immer wieder schreien, so lange schreien, bis es der nicht normal denkende Bürger irr sinniger Weise glaubt, dann hat man seine Getreuen als regierender Machtpararat vereint.

Ich weiß nicht, was man den Meschen betrifft dieser Coronapandemie so eingepflicht hat. Es scheint nicht viel Gutes zu sein.

Das Denken hat wohl einen Schaden genommen. Sollte ich versuchen mir vorzustellen, wie es mir gehen würde, wenn ich diesen zelebrierten Irrsinn glauben würde?

Der deutsche Staat ist krank! Diese Politbesessenen, die denken, diesen Staat führen zu können, sind krank! Ob Asylantenüberfüllungshelfer, ob Coronaschädigungserfüller oder Kriegstreiber. Man hat aus den Geschehnissen des letzten Geschichtsjahrhunderts nichts, auch gar nichts gelernt. Der Griff zur radikalen Machtausübung, zur Vereinnahmung der menschlichen Zivilisation, spiegelt die Realität wider.

Ganz kleine Beispiele dafür prägen das mein seitige Alltagsleben: Da darf man nur eingeschränkt auf öffentlichen Plätzen Weihnachtslieder singen. Da darf man seine eigene Meinung nicht vor größerem Personenkreis sagen. Da wird man wegen der beruflichen Tätigkeit beleidigt. Und mehr ...

Aber man muss auch den freudigen Moment genießen. Denn zur Blutspende wurde ich gefragt: „Rechts oder Links?“ Eine schwierige Entscheidung in der heutigen Zeit.

Doch ich spende gern, egal welcher Gesinnung.

Bernd Richter aus Lampertswalde

Zu Gast in Großenhain: Steffen Janich – der Neue im Bundestag

Nach der endlosen Corona-Pause lud ich Mitte April zum ansonsten monatlichen Stammtisch ein und viele folgten meiner Einladung. Besonders gefreut habe ich mich über die Unterstützung durch Steffen Janich, MdB, an diesem Abend.

Bevor er 2021 über das Direktmandat für seinen Wahlkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge in den Bundestag gewählt wurde, war Steffen Janich Polizeibeamter. Der Schwerpunkt seiner Arbeit im Bundestag liegt in der Innenpolitik.

Rückblickend auf seine ersten Monate in Berlin sagte er: „...das war wie eine neue Lehre...“ Die Gespräche gingen von der Abstimmung gegen den Impfzwang sehr schnell zum Ukraine-Krieg über. Während ich die geschichtlichen Hintergründe des Konflikts beleuchtete, vermittelte Steffen Janich klar die Position unserer Bundestagsfraktion, die den Angriff auf die Ukraine streng verurteilt und sich beide Kriegsparteien schnellstens an den Verhandlungstisch wünscht. Er sprach auch über die Auswirkungen des Krieges auf unsere Wirtschaft, über Lieferengpässe und darüber, dass unser Land sich die letzten Jahrzehnte nicht mehr mit den Gedanken eines möglichen Krieges beschäftigt hat. Seine Position - unsere einzige Chance ist, alles für den Frieden zu tun.



Zu guter Letzt kamen auch Fragen zur Beobachtung der AfD durch den Verfassungsschutz und er antwortete darauf – „...man versucht damit, uns den Aktivismus zu nehmen, etwas für unser Land zu tun...“

Wer Steffen Janich kennt und wer mich kennt, der weiß, dass wir beide unbeirrt weiter für unser Land und die Freiheit kämpfen werden.

Mario Beger, MdL



AfD-Landtagsfraktion fordert: Inflationsbekämpfung endlich ernst nehmen!

In der letzten Ausgabe dieser Zeitung schrieb mein Kollege Mario Beger bereits über die Ursachen der Inflation. Daran möchte ich – mit Verweis auf die neueste Initiative unserer Landtagsfraktion – hier anknüpfen.

Ludwig Erhard hatte richtig erkannt, dass Inflation uns nicht „als Fluch oder tragisches Geschick“ ereilt, sondern stets durch eine „leichtfertige oder sogar verbrecherische Politik“ entsteht. Zentralbanken und das staatliche Geldmonopol (übrigens Ideen von Karl Marx) sind dabei die treibenden Kräfte. Dies sollten wir im Blick haben, wenn heute die Verantwortlichen die Schuld für die rasanten Preissteigerungen auf die von ihnen selbst verursachte Corona-Maßnahmen-Krise oder den Krieg in der Ukraine schieben.

Das freiwillige Ende der Politik des leichten Geldes von Regierungen und Zentralbanken ist nicht absehbar. Das Gegenteil könnte der Fall sein. Gründe, Staatsverschuldung und Inflationierung weiter voranzutreiben, lassen sich immer wieder aufs Neue finden.

Ja, wir alle spüren, sei es an der Tankstelle oder im Supermarkt: Die Inflation ist gekommen, um zu bleiben.

So darf es nicht weitergehen! Die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag hat deshalb einen Antrag zur Abmilderung der wirtschaftlichen Folgen der Inflation (Drucksache 7/9364) im Landtag eingereicht und zugleich eine Petition unter <https://www.openpetition.de/petition/online/inflationsbekaempfung-endlich-ernst-nehmen-preisanstieg-begrenzen-und-folgen-der-inflation-abfedern> gestartet.

Diese Initiative zielt nicht nur auf die Symptome, sondern auch auf die Ursachen der Inflation (siehe Punkt 5).

Wir fordern darin, dass

1. der steuerliche Grundfreibetrag von 9.984 Euro auf 12.600 Euro pro Jahr angehoben wird,
2. die Mehrwertsteuer generell und dauerhaft von 19 auf 17% gesenkt wird. Für Energieträger wie Brenn-, Heiz- und Kraftstoffe fordern wir darüber hinaus die Senkung der Mehrwertsteuer auf 7%,
3. die Pendlerpauschale auf 40 Cent pro Kilometer erhöht wird und bereits ab dem ersten Kilometer gilt,
4. die CO²-Bepreisung, die EEG-Umlage und die Energiesteuer abgeschafft werden, um eine schnelle und spürbare Entlastung zu erreichen,
5. die EZB ihre Niedrigzinspolitik endlich beendet und zu einer verantwortungsvollen Geldpolitik zurückkehrt und
6. der Sparerfreibetrag von 801 Euro auf 1.200 Euro pro Person erhöht wird.

Liebe Leser, bitte unterzeichnen auch Sie diese Petition! Bitte informieren Sie Ihre Verwandten, Freunde und Bekannten darüber! Zeigen wir der Bundesregierung gemeinsam: Wir lassen uns nicht weiter widerstandslos ausplündern!

Jörg Urban, AfD-Landesvorsitzender Sachsen

Lasst unsere Bauern für Deutschland ackern!

Als die Grünen mit Renate Künast am 12. Januar 2001 die Macht im Bundeslandwirtschaftsministerium ergriffen, wurden die deutschen Landwirte immer mehr zum Brunnenvergifter stigmatisiert. Überbordende Bürokratie und unverhältnismäßige Auflagen für den Einsatz von Pflanzenschutz- und Düngemitteln waren die Folge.

Besonders bei einigen Gemüsearten und Ölfrüchten, wie z.B. Raps, führte das oftmals rein ideologisch begründete Verbot von Pflanzenschutzmitteln zu einem Rückgang bei der Selbstversorgung. In Folge wurden die fehlenden Mengen importiert und zwar zunehmend aus Drittstaaten mit äußerst fragwürdigen Anbaumethoden. Für die „Klima-Rettung“ werden Biokraftstoffe aus Südamerika und Indonesien importiert, wo jährlich hunderttausende Hektar Regenwald für immer vernichtet werden. In der EU hingegen müssen die Bauern ab dem nächsten Jahr vier Prozent ihrer Ackerflächen stilllegen.

Sachsens, von der CDU getragener, Grüner Landwirtschaftsminister hat sich erst kürzlich im Bundesrat gegen die Freigabe der ökologischen Vorrangflächen für den intensiven Anbau von Nahrungsmitteln ausgesprochen. Zudem gehen jeden Tag in Deutschland durch Bebauung 50 ha landwirtschaftliche Fläche verloren.

Doch damit nicht genug: Neben der Ausweisung von zwei Prozent der Landesfläche als Windkraftstandorte, werden derzeit auch in Sachsen gigantische Freiflächensolaranlagen geplant und bereits auch realisiert. Das alles soll die Versorgungslücken durch den Ausstieg aus der Kernenergie und Kohleverstromung kompensieren, was so aber nicht funktionieren wird. Die Erzeugung von Strom aus Wind- und Sonnenenergie ist wetter- bzw. tageszeitabhängig und kann alleine nicht die Grundlastversorgung garantieren.

Es soll also für unsere Ernährung unverzichtbares Ackerland für eine zum Scheitern verurteilte Energiewende geopfert werden! Der zur Klimarettung ausgerufenen „Green Deal“ der EU drängt unsere Bauern zu noch mehr Einschränkungen beim Einsatz von Pflanzenschutz- und Düngemitteln. Als ehrgei-

ziges Ziel sollen mindestens 25 Prozent der Flächen ökologisch bewirtschaftet werden. Als Folge schätzen Experten den Rückgang allein bei der Getreideproduktion auf mindestens 15 Prozent.

Explodierende Energiekosten führen nicht nur auf Grund des Ukraine-Konfliktes zu steigenden Preisen für Lebensmittel! Es sei an dieser Stelle an solche ausufernden Abgaben, wie die im letzten Jahr von der CDU und SPD eingeführte CO₂ Steuer zur Rettung des Weltklimas, erinnert werden. Der Ausfall von Lieferungen wichtiger Agrarprodukte, wie Weizen und Ölsaaten aus Russland und der Ukraine, führt weltweit zu stark gestiegenen Preisen und bereits jetzt in einigen Ländern zu einer Nahrungsmittel-Knappheit.

Hinzu kommt, dass Russland und das vom Westen ebenfalls sanktionierte Weißrussland bedeutende Düngemittel-Exporteure sind. Deutsche Landwirte zahlen schon heute den vierfachen Preis für Düngemittel. Knappere und teurere Düngemittel werden die Lebensmittelkrise weltweit verschärfen. Nach wie vor ist Erdgas der wichtigste Energieträger für die Herstellung von Düngemitteln.

Ein komplettes Energieembargo gegen Russland würde deshalb zu massiven wirtschaftlichen Verwerfungen führen! Düngemittel könnten nicht mehr produziert werden und die Erntemengen stark einbrechen.

Neben leeren Regalen und explodierenden Verbraucherpreisen hierzulande, würde zusätzlich der Migrationsdruck aus dem Nahen Osten, Maghreb und Ostafrika stark zunehmen.



Jörg Dornau, MdL

Gegenrede: Leugnet die AfD den Klimawandel?

Während vergangener Wahlkämpfe tauchte in einigen Ortschaften immer wieder ein Zettel auf, mit dem versucht wurde, die AfD als unwählbar hinzustellen. Eine Behauptung war u.a. – Die AfD bestreitet den menschengemachten Klimawandel, fordert ein weiterlaufen der Atomkraftwerke, trotz des Reaktorunfalls von Fukushima und missachtet, dass Umweltkatastrophen eine Hauptfluchtursache sind...

Die AfD leugnet den Klimawandel nicht, ihr geht es um eine ideologiefreie Betrachtung der Sache an sich. Klima ist das Wetter über einen statistischen Mittelwert mindestens der letzten 30 Jahre an einem bestimmten Ort. Der Schutz des Klimas beruht auf einem Mythos, es kann keinen durch den Menschen postulierten und schon gar nicht garantierten Bestandsschutz haben. Niemand streitet die jüngste globale Erwärmung ab. Die AfD bezweifelt aber, dass diese nur negative Folgen hat. Statt einen aussichtslosen Kampf gegen den Wandel des Klimas

zu führen, sollten wir uns an die veränderten Bedingungen anpassen, so wie es Pflanzen und Tiere auch tun. Die Menschheitsgeschichte belegt, dass Warmzeiten immer zu einer Blüte des Lebens und der Kulturen führten, während Kaltzeiten mit Not, Hunger und Kriegen verbunden waren. Die Antarktis hat im Mittel -35 Grad Celsius, die Wüste im Iran hat max. +70 Grad Celsius. Was ist daran katastrophal? Es sind nun mal die Bedingungen seit tausenden Jahren, die sich ständig unabhängig von menschlichen Einflüssen in den letzten Jahrhunderten veränderten. Das Spurengas CO₂ ist als Voraussetzung für alles Leben unverzichtbar. Gibt es eine Korrelation in den Zahlen zum CO₂ Gehalt in der Luft? Klimaforscher Stefan Rahmstorf am 3.2.2007 (Die Welt): Wir Klimaforscher können nur annehmen, „wenn so und so viel CO₂ ausgestoßen wird, dann wird das Klima sich so und so stark erwärmen“. Sind Annahmen und Vermutungen Wissenschaft?

... Fortsetzung auf Seite 11

Wissenschaft ist immer eine Erneuerung der Erkenntnisse und die sind offen.

Dem Reaktorunfall von Fukushima ging ein Tsunami ursächlich voraus. Die menschlichen Opfer sind vorwiegend dem Tsunami geschuldet und nicht dem darauffolgenden Ausfall des Atomkraftwerkes. Japan liegt auf einer tektonischen Platte und ist ständig kleineren und größeren Erdbeben ausgesetzt. Das Epizentrum des Erdbebens lag vor der Küste.

Hauptfluchtursache Umweltkatastrophen? Hauptsächlich junge Männer begeben sich auf den gefährlichen Weg nach Europa, um den schlechten Lebensverhältnissen in ihren Herkunftsländern zu entgehen und diese sind vielfältigster Ursache: Misswirtschaft, Korruption, eigener

Raubbau an den Ressourcen, fehlende Infrastruktur. Deswegen sollen wir uns schuldig fühlen?

Dürreperioden, Wasserknappheit, Überschwemmungen sind Wetterereignisse, die in jedem Land mehr oder weniger in zeitlichen Abständen auftreten. Es ist die fehlende Eigenverantwortung. Das Ziel der Bundesregierung, die CO² Emission faktisch auf null zu senken, führt zu einem radikalen Umbau von Industrie und Gesellschaft („Die Große Transformation“/ „The Great Reset“) und bedroht unsere Freiheit. Durch diese auf Annahmen beruhende Klimahysterie wird unsere Wirtschaft und Gesellschaft dekarbonisiert und unser aller Lebensstandard, in für uns alle unvorstellbare Tiefen herabsinken.

Steffen Reck, Stadtrat in Gröditz

Großeinsatz in der Freizeitanlage Stroga

Im nächsten Jahr steht das 30jährige Jubiläum des früheren „Lager für Arbeit und Erholung“ in Stroga an. Das knapp 11 000 Quadratmeter große Gelände wird seit einigen Jahren als Freizeitanlage genutzt – hier sind die Großenhainer Stadtschützen, Dresdner Volleyballer, die Fußballer aus Uebigau und der Dorfklub Stroga anzutreffen und hier finden auch die Sitzungen unseres Ortschaftsrates statt.

Seit Monaten ist das anstehende Jubiläum Thema im Ortschaftsrat. Das Fest ist für September 2023 geplant und dafür wird es ein Festkomitee mit den Nutzern der Anlage und dem Ortschaftsrat geben.



Anfang April trafen wir uns zu einem großen Arbeitseinsatz in der Freizeitanlage und auch die Dorfbewohner packten mit an. Benötigte Arbeitsgeräte wurden mitgebracht, die Stadtverwaltung stellte Farbe und neue Netze fürs Volleyballfeld zur Verfügung, der Ortschaftsrat spendierte Bratwürste zur Stärkung, die Volleyballer brachten die Brötchen und den heiß begehrten Bautzner Senf mit. Die Nutzer kümmern sich fortlaufend eigenverantwortlich um die Pflege und Werterhaltung der Anlage, während die Stadt das Material bereitstellt. An diesem Samstag konnten gemeinsam größere Arbeiten in Angriff genommen werden, die bisher liegengeblieben waren. Bei fast 40 Helfern wurde gegen Mittag der neue Grill der Volleyballer auf eine erste erfolgreiche Bewährungsprobe gestellt.

Ein noch zu lösendes Problem ist die Zufahrt zur Freizeitanlage. Sie wird oft zu schnell befahren und das gefährdet dort spielende Kinder. Im Sommer kommt es zu einer starken Staubentwicklung auf dem unbefestigten Weg. Eine Anfrage dazu liegt seit knapp einem Jahr auf dem Schreibtisch der Stadtverwaltung – laut einer Zwischenantwort ist eine Spielstraßenregelung nicht möglich, auf eine abschließende Antwort, auch zum Problem der Staubentwicklung, warten wir allerdings noch.

Michael Hitschke, Ortschaftsrat in Nasseböhla/Stroga

Sie finden Ihren politischen Standpunkt in unserem Grundsatzprogramm wieder? Sie möchten für eine grundlegende politische Erneuerung eintreten? Sie möchten, dass Deutschland eine freie, rechtsstaatliche und lebenswerte Zukunft hat?

Dann helfen Sie uns, unsere gemeinsamen Ziele umzusetzen. Werden Sie Teil einer großartigen Gemeinschaft, werden Sie AfD-Mitglied!

Und falls Sie sich noch nicht endgültig für einen Beitritt entscheiden möchten: Schauen Sie doch einmal bei einer unserer AfD-Veranstaltungen vorbei und machen Sie sich selbst ein Bild!

Bei Fragen zur Mitgliedschaft senden Sie bitte ein E-Mail an blauwahlkreispost@gmail.com.



Afrikanische Schweinepest – eine unterschätzte Bedrohung

Schon Ende Januar berichtete der MDR: „Die Afrikanische Schweinepest ist in Sachsen weiter auf dem Vormarsch. Bei 854 Tieren wurde das Virus bislang nachgewiesen. [...] So wurden südlich des Kerngebiets Meißen in der Laußnitzer Heide sowie westlich der A13 in der Gemeinde Schönfeld zwei infizierte Tiere festgestellt. [...] Die Meißner Sperrzone reicht bis in die Landeshauptstadt Dresden hinein.“

Glücklicherweise handelt es sich bei der Afrikanischen Schweinepest nicht um eine Zoonose, also um eine Krankheit, die vom Tier auf den Menschen übertragbar ist. Allerdings schert sich die heimtückische Krankheit nicht um den Unterschied zwischen Wild- und Hausschweinen. Das Virus ist außerordentlich resistent und kann selbst bei Frost jahrelang überleben. Es tötet befallene Tiere in zwei bis drei Tagen und ist daher für unsere Schweinezüchter eine Bedrohung, die Betriebe bis in den Bankrott treiben kann. Bei einem Auftreten müssen nämlich die Bestände ganzer Zuchtbetriebe gekeult werden. Dazu kommt, dass die Exportmärkte weggebrochen sind, da der Status „ASP-frei“ für deutsche und sächsische Ware nicht mehr garantiert werden kann. De facto gibt es damit einen Exportstopp in Nicht-EU Länder, weil die erforderlichen Zertifikate nicht mehr ausgestellt werden können. Deshalb sind Abwehrmaßnahmen absolut vordringlich.

Die effizienteste Vorsorgemaßnahme ist der vermehrte Abschuss: Nur gezielte Bejagung kann hier Abhilfe schaffen. Deshalb hatte die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag bereits im Juni 2020(!) einen Antrag eingebracht (Drs 7/2908), der eine attraktive Abschussprämie als Präventionsmaßnahme ins Spiel brachte. Die Landesregierung hat leider immer noch nur für die betroffenen Kreise bzw. Sperrzonen I

und II Vergütungen von insgesamt 150.- für jedes krank oder gesund erlegte Tier ausgelobt, wie meine neue Anfrage im März zutage brachte (Drs.7/9078). Die Prävention wäre aber gerade bei den noch nicht betroffenen Landkreisen angesagt, um den Schwarzwildbestand zu senken und damit die Hauptübertragungswege zu unterbrechen. Doch auch Wanderer und alle, die in der Landschaft unterwegs sind, können zur Verhinderung der Seuchenausbreitung beitragen. Erstens sollten Sperrzonen unbedingt gemieden werden; die Ansteckung kann nämlich sogar über die Schuhsohlen verbreitet werden. Noch häufiger ist wohl die Verbreitung über weggeworfenes Essen. Ich appelliere an alle, Reste ihres Proviantes wieder einzupacken und mitzunehmen; Papierkörbe an Autobahn- und Wanderraststätten(!) sind vor den findigen Tieren ebenfalls nicht sicher. Schließlich soll man tote Wildschweine schnellstmöglich der zuständigen Behörde melden.

Den Verantwortlichen im Jagd- und Forstbereich und uns allen muss bewusst sein, dass wir eine Tierseuche bekämpfen müssen, die verheerende wirtschaftliche Folgen entfalten kann. Hier ist über Parteigrenzen hinweg unsere gemeinsame Verantwortung für unsere sächsische Heimat gefragt.

René Hein, MdL



Großenhainer Frühjahrsputz

Natürlich hat sich unsere Fraktion Anfang April am großen Frühjahrsputz der Stadt Großenhain beteiligt. Es war schließlich unser erster Antrag mit dem Thema „Saubere Stadt – bessere Lebensqualität“,



welchen wir in den Stadtrat Anfang 2020 eingebracht haben und dem auch zugestimmt wurde. Die Umsetzung des Antrages ist mittlerweile realisiert. Die Stadtverwaltung hat mit Hilfe einer Werbeagentur ein Konzept erstellt und viele Punkte unseres Antrages aufgegriffen und auch erweitert. So wurden ein Aufdruck an den Papierkörben, die Reinigungsaktionen unter Einbeziehung der Schulen und Kindergärten, aber auch die Sensibilisierung der Hundebesitzer durch ein Anschreiben und weitere Vorschläge von uns übernommen.

Zusätzlich wurde ein Kurzfilm gedreht, der besonders die junge Generation ansprechen soll und im Vorprogramm des Großenhainer Kinos läuft.

Wir bedanken uns bei der Stadtverwaltung und sind uns sicher, dass alles ein Stück zum Bewusstseinswandel im Umgang mit der Natur und dem öffentlichen Raum beiträgt.

Mario Beger,
Stadtrat in Großenhain